

Pressemitteilung der bayerischen Staatsregierung zum Scheitern der Kommission v. 21.12.2004

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erklärte heute in der Kabinettsitzung in München, dass die Reform des föderalen Systems in Deutschland unausweichlich sei. Stoiber: "Die Modernisierung unserer Verfassung und die Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen muss kommen. Die Politik kann es sich angesichts der schwerfälligen Entscheidungsprozesse in Deutschland nicht leisten, die Strukturprobleme unserer Staatsordnung unerledigt liegen zu lassen."

Deutschland stehe im internationalen Wettbewerb und müsse sich den Herausforderungen durch die Globalisierung stellen. Stoiber: "In der Globalisierung wird bestraft, wer verkrustete Strukturen nicht überwindet und in Blockaden stecken bleibt. Wer schnell reagieren kann und sich auf Neues einstellt, wird von der Globalisierung belohnt. Eine klarere Aufgabentrennung und raschere Entscheidungen bleiben deshalb auf der politischen Tagesordnung. Es wäre an der Zeit, dass die Bundesregierung jetzt allmählich erkennt, welches Entflechtungsangebot der Länder sie letzte Woche ausgeschlagen hat."

Stoiber begrüßte es, dass sich jetzt offensichtlich auch der Bundeskanzler für das Thema Staatsreform zu interessieren beginne. Stoiber: "Meine Auffassung ist, dass sich ein Bundeskanzler unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit aus staatspolitischen Gründen für die Staatsreform in Deutschland engagieren muss." Das bisherige Desinteresse des Kanzlers an dieser für die politische Zukunft Deutschlands grundlegenden Reform sei nicht verständlich. Stoiber: "Wenn man an das Land insgesamt denkt und weniger an Partikular- oder Parteiinteressen, dann müssen sich alle Spitzen dieses Landes für eine Staatsreform mit schnelleren Entscheidungen, weniger Blockaden und klareren Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern einsetzen." Zu den jüngsten Äußerungen Schröders bemerkte Stoiber: "Manchmal reift die Einsicht spät, aber besser spät als nie."